25.11.96

## Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997 – Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6024, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 60

**Allgemeine Finanzverwaltung** 

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel  $60\,01$  – Steuern und steuerähnliche Abgaben – wird in Titelgruppe 01 – Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen – ein neuer Titel  $019\,15$  – Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität – als Leertitel eingefügt.

Bonn, den 25. November 1996

**Rudolf Scharping und Fraktion** 

## Begründung

Dem Staat gehen jährlich Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft und Vollzugsdefizite in der Finanzverwaltung verloren. Darüber hinaus führt Steuerhinterziehung zu Wettbewerbsverzerrungen und vernichtet Arbeitsplätze.

Das bereits im Juni 1996 von der Fraktion der SPD geforderte Bund-Länder-Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung zielt insbesondere auf folgende Bereiche: illegale Arbeitnehmerüberlassung, Schwarzgeschäfte, Vortäuschung von Beschäftigungsverhältnissen, Vertragsmanipulation, Kapitalflucht in Steueroasen, Gewinnverlagerungen ins Ausland, Scheinbetriebsausgaben, Scheinunternehmen, Einsatz von Arbeitnehmern für Privatzwecke, Kompensationsgeschäfte, Kapitaleinkunfte.

Mit einem Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung ließen sich in einem ersten Schritt Mehreinnahmen von etwa 10 Mrd. DM erzielen; davon würden allein 5 Mrd. DM auf wirksame Kontrollen im Zusammenhang mit der Besteuerung von Kapitaleinkünften entfallen.